

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 47a – Dringlichkeitsantrag Rechtsextremismus

Dazu sagt die Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Luise Amtsberg:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 643.11 / 18.11.2011**

## Rechtsextremismus endlich ernst nehmen

Zehn Menschen haben ihr Leben verloren. Nicht weil sie in einer Mafia waren, nicht weil sie kriminell waren oder mit Kriminellen zu tun hatten. Nicht weil sie etwas falsch gemacht haben. Sie haben ihr Leben durch rechten Terror verloren.

Diese Menschen sind tot, weil sie nicht in die kranke Denkweise von drei wahnsinnigen Neonazis gepasst haben. Sie mussten sterben, weil es eine Realität gibt, außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung. Eine Realität, die vielen Menschen in Deutschland einfach nicht bewusst ist. Eine Realität, in der Menschen prügeln, jagen und töten, angetrieben von einer diffusen menschenverachtenden Weltanschauung, die rassistisch, antisemitisch, homophob oder obdachlosenfeindlich ist.

Eine Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren, die nach der grausamen und unvorstellbaren Brandanschlagsserie auf Asylbewerberheime in Deutschland, in dessen Folge auch in Schleswig-Holstein viele Menschen zu Tode kamen, auch heute noch ihr unerträgliches Gesicht zeigt.

Wir denken an die Opfer und an die Hinterbliebenen, an die Familien und Freunde dieser Menschen, die sich über Jahre hinweg die Frage stellen mussten, was dieser Tod für Gründe gehabt haben könnte. Wir sind jetzt bei ihnen, in einer Zeit, in der die Brutalität und der Fanatismus, der sich dahinter verbirgt, offen zu Tage treten.

Die Empörung und die Wut über die deutschen Sicherheits- und Ermittlungsbehörden, auch die damit einhergehende Angst, sind so sehr nachvollziehbar. Es ist offensichtlich:

Strukturen haben versagt und vielleicht haben sie sich sogar schuldig gemacht.

Was also ist unsere Aufgabe? Mit Blick auf Deutschland und die betroffenen Bundesländer müssen wir dafür sorgen, dass die Vorgänge lückenlos aufgeklärt werden. Wir müssen die Frage beantworten, welche Rolle die Verfassungsschutzämter gespielt haben. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Rolle die so genannten Vertrauensleute in diesem System innehaben und – sollten sich die bisherigen Vermutungen in Wahrheit wandeln – müssen wir uns der Frage stellen, was uns eine Institution bringen soll, die mit möglicherweise fragwürdigen Methoden, fragwürdige Ergebnisse erzielt – eine Institution, die den Schutz der Demokratie in ihrem Namen trägt.

Das sind die Fragen, zu deren Lösung wir beitragen müssen, um unsere Demokratie zu schützen und, vor allen Dingen, glaubwürdig zu machen. Nie wieder darf es vorkommen, dass so sehr in die falsche Richtung ermittelt wird, dass es für kriminelle Neonazis möglich war, 13 Jahre unterzutauchen, ohne den Wohnort zu wechseln und in der Zeit weitere Menschen zu ermorden und Bomben zu bauen.

Und dieses ist auch der Hintergrund unseres Dringlichkeitsantrages gewesen. Es geht nicht darum mit dem Finger auf andere zu zeigen, zu sagen, dass wir es doch schon immer gewusst haben. Es geht darum, für Schleswig-Holstein zu klären, ob wir in der Vergangenheit dem Reflex erlegen sind, rechte Gewalt nicht ernst genug genommen zu haben, Opfer von rechter Gewalt nicht als solche erkannt zu haben. Dieses ist vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der vergangenen Woche unsere Verpflichtung und unsere Aufgabe. Ich danke daher Ihnen, Herr Minister Schlie, für Ihren Bericht, aber auch allen Fraktionen hier im Landtag für die Zustimmung zu diesem dringlichen Thema.

Ich habe von unseren Aufgaben gesprochen: Und wenn ich darüber nachdenke und mir die Debatte in Deutschland anschau, dann komme ich aus der Verärgerung gar nicht mehr heraus. Auch wenn wir eigentlich noch nicht wissen, was konkret passiert ist, wer darin verwickelt ist, möglicherweise noch nicht einmal, wie viele Opfer es tatsächlich gibt, will sich die Politik unbedingt schon jetzt auf Antworten zu diesen Fragen festlegen. Abzug der V-Leute, NPD-Verbot, Vorratsdatenspeicherung, Zentralregister, Terrorabwehrzentrum. All das soll Abhilfe schaffen und das Problem lösen.

Ich beginne mich zu wundern. Denn mit diesem Kurs machen wir den zweiten Schritt vor dem ersten. Wir behandeln immer nur das Symptom, nie die Ursache.

Zwei Antworten können wir nämlich schon geben: Haben wir zu wenig gegen Nazis getan? Ja - offensichtlich! Müssen wir genau deswegen die zivilgesellschaftlichen und demokratiebildenden Maßnahmen ausbauen? Ja, müssen wir! Weil wir nur so verhindern können, dass Menschen die NPD wählen, Kameradschaften beitreten oder sich radikalisierten und Gewalt anwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen führen Sie sich bitte einmal vor Augen, dass in Westdeutschland proportional zur Einwohnerzahl die meisten rechten Gewalttaten in

Schleswig-Holstein verübt werden. Wir wissen, dass wir mehr als 1300 Rechtsextreme in Schleswig-Holstein haben. Die Hälfte davon gewaltbereit.

Und was macht Bundesfamilienministerin Schröder? Sie weicht nicht von dem Vorhaben ab, die Programme gegen Rechts weiter zu kürzen. Im Gegenteil, sie wirft uns, der Opposition vor, dass wir mit dieser Forderung (ich zitiere) „einen billigen tagespolitischen Geländegewinn“ erzielen wollen. Das verschlägt mir die Sprache. Aber ich sage Ihnen, diesen Schuh ziehe ich mir nicht an.

In der vergangenen Plenarsitzung haben wir über Rechtspopulismus in Europa und Deutschland debattiert und ich hatte den Eindruck und dass wir inhaltlich keinen Dissens über die Bedeutung und Reichweite dieses Themas haben. Sie Herr Kubicki und Herr Minister Schlie haben sich in Ihrem Redebeitrag sogar auf mich bezogen und trotz allem, haben Sie den Wunsch nach einer Anhörung im Ausschuss zu diesem Thema ohne Grund abgelehnt. Das darf uns kein zweites Mal passieren.

Das Projekt „Mut gegen Rechte Gewalt“ hat jüngst einen Bericht über die Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt seit 1989 herausgegeben. Es sind 182 Menschen, die zu Tode gekommen sind, dokumentiert. Ich lege jedem von Ihnen nahe, sich diesen Bericht, so beklemmend er auch ist, einmal anzuschauen.

Die Tatsache, dass Menschen in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft oder der Herkunft ihrer Familien zu Tode kommen, macht betroffen, sie lässt einem übel werden, mich macht es vor allem traurig und wütend und mit Blick auf unsere Geschichte ist der Begriff „Scham“ an dieser Stelle viel zu schwach. Für die Opfer kommt jede Hilfe, jede Erkenntnis und jedes Bedauern zu spät.

Was hier in Deutschland in den vergangenen Jahren geschehen ist, ist unverzeihlich. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben es in der Hand diesen Satz in zehn Jahren nicht wiederholen zu müssen. Manchmal ist es sehr schwer, den eingeschlagenen politischen Kurs wie beispielsweise zur Extremismusklauseln wieder zu verlassen.

Aber mit Blick auf die derzeitige Extremismuspolitik und die Erkenntnisse aus den vergangenen Tagen können wir sehen, dass dieser Weg der falsche ist. Lassen Sie uns daran gemeinsam etwas ändern.

\*\*\*